Abgeordnetenhausberlin

Drucksache 19 / 24 054 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU)

vom 6. Oktober 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. Oktober 2025)

zum Thema:

Radweg Hansastraße durchdacht ausbauen

und Antwort vom 20. Oktober 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Okt. 2025)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU) über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 24 054 vom 6. Oktober 2025 über Radweg Hansastraße durchdacht ausbauen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie soll der neue Radweg in der Hansastraße in Hohenschönhausen baulich gestaltet werden?

Antwort zu 1:

Die angeordnete Radverkehrsanlage in der Hansastraße wird als regelkonformer Radfahrstreifen auf der Fahrbahn hergestellt. Die Maßnahme erstreckt sich zwischen der Buschallee und der Darßer Straße / Malchower Weg in den Ortsteilen Weißensee und Alt-Hohenschönhausen.

Der jeweils rechte Fahrstreifen wird auf einer Breite von 2,50 m zu einem Radfahrstreifen umgestaltet. In Teilabschnitten wird dieser durch eine 1,00 m breite Sperrfläche (Protektionsstreifen) vom fließenden Kfz-Verkehr getrennt. Eine bauliche Trennung erfolgt nicht.

Frage 2:

Soll der Radweg mit Pollern von der Fahrbahn getrennt werden?

Antwort zu 2:

Lediglich in den Übergangsbereichen am Anfang und Ende der Maßnahme (Rampen) sowie in Bereichen mit Stellplätzen oder öffentlichen Ladezonen werden Poller zur Sicherung des Radfahrstreifens vorgesehen.

Frage 3:

Wie wird gewährleistet, dass bei einer zukünftigen Einspurigkeit der Fahrbahn im Falle einer Blockade durch einen Unfall der Verkehr ggf. über den Radweg umgeleitet werden kann?

Antwort zu 3:

Da keine durchgehende bauliche Trennung zwischen Fahrbahn und Radfahrstreifen vorgesehen ist, kann dieser im Bedarfsfall – etwa bei einem Unfall – auf polizeiliche Anordnung vorübergehend vom Kfz-Verkehr mitgenutzt werden.

Berlin, den 20.10.2025

In Vertretung Arne Herz Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt